



**PRESSEMITTEILUNG**

29. Oktober 2021

## **MEDIENTAGE MÜNCHEN 2021 vom 25. bis 29. Oktober**

Journalism Summit

Journalism under attack! Wie sichern wir die Pressefreiheit und das Vertrauen in die Medien?

### **Pressefreiheit kostet Geld, braucht Mut und bessere Regulierung**

**München** – Die Pressefreiheit gerät weltweit zunehmend in Gefahr: Die aktuelle Erhebung von Reporter ohne Grenzen (RSF) zeigt, dass die Gewalt gegen Journalist:innen in Europa zugenommen hat. Dass Gewalt gegen Medienschaffende in Deutschland eine noch nie dagewesene Dimension erreicht habe, sei den vielen Übergriffen bei (Anti-)Corona-Demonstrationen geschuldet, erklärte Christian Mihr, Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation RSF, der beim Journalism Summit im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN die anschließende Diskussion mit Fakten und Zahlen aus dem aktuellen RSF-Bericht unterfütterte.

Wie soll die Ausübung von unabhängigem Journalismus weiterhin möglich sein, wenn sie nicht nur von „der Straße aus“, sondern auch durch „Hass aus dem Netz“ bedroht wird? Wie können Qualitätsmedien die Deutungshoheit gegenüber Propaganda und Desinformation der sozialen Online-Netzwerken behaupten? Diese beiden Fragen standen schnell im Mittelpunkt der Debatte. Die Expert:innen des Journalism Summit verlangten mehr Investitionen der Geschäftsleitungen von Medienhäusern in die Sicherheit ihrer Mitarbeiter:innen. Um die Pressefreiheit im transnationalen digitalen Raum zu sichern, sei es wichtig, klare Regeln in Form von „Community Standards“ zu entwickeln. Gegen radikale Meinungsäußerungen in digitalen Communities müsse mit klassisch journalistischem Handwerk und besser aufgestellten Redaktionen gearbeitet werden.

Christian Mihr erklärte mit Blick auf die Pressefreiheit in Deutschland, dass die Übergriffe auf Journalist:innen hauptsächlich von Privatpersonen, beispielsweise aus der „Querdenkerszene“, erfolgt seien und nicht von staatlicher Seite. „Die Bespitzelung von Journalist:innen durch digitale Überwachungstools nimmt ebenfalls zu“, bedauerte Mihr und verwies etwa auf die Staatstrojaner-Software Pegasus. Die Pressefreiheit im digitalen Raum zu schützen, sei schwierig, da dieser Raum „über die deutschen Grenzen hinausgehe“, resümierte Mihr und forderte die Weiterentwicklung und Anpassung bereits bestehender Standards.

Olaf Sundermeyer, ARD-Investigativjournalist beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), setzte der Bedrohung der Pressefreiheit von außen die „innere Pressefreiheit“ entgegen, die er ebenfalls gefährdet sah. Er sprach von der „inneren Bedrohung“ des Journalismus. „Manche Redaktionen glauben, dass ihre Medien nicht mehr gebraucht werden“, fügte er hinzu. Dabei sei es nur eine Minderheit „der immer gleichen Personen“, die Arbeit von Journalist:innen ablehne. Sundermeyer bestärkte deshalb seine Kolleg:innen darin, „ihre Arbeit weiterzumachen“.

Monika Pilath, als Nachrichtenchefin Mitglied der Chefredaktion von ZEIT Online, stellte fest, dass faktenbasierte Berichterstattung im Zusammenhang mit der Corona-Krise von den Leser:innen stark nachgefragt worden sei. „Nachrichtenredaktionen müssen mit Nachrichtenrds gestärkt werden, die das Recherchehandwerk von Grund auf gelernt haben“, forderte Pilath. Auf diesem Wege könne die Glaubwürdigkeit in den Journalismus gestärkt werden.

Bastian Obermayer, der das Ressort Investigative Recherche bei der Süddeutschen Zeitung leitet, beklagte, dass in vielen Teilen der Welt der sprachliche Umgang mit Medienvertreter:innen von Seiten der Politik zunehmend verrohe. „Strafvergehen gegen Journalisten wird nicht nachgegangen, auch nicht im digitalen Raum“, bemängelte er. Diese Straffreiheit könne nicht geduldet werden, sagte er und erwähnte in dem Zusammenhang die unaufgeklärten Morde an Journalist:innen auf Malta und in der Slowakei.

Sonja Schwetje, Chefredakteurin von ntv und ntv.de, zeigte auf, dass die Anfeindungen gegen Journalist:innen im Außeneinsatz durch Privatpersonen und von Mitgliedern digitaler Communities für die Betroffenen auch seelisch belastend seien. „Um die Sicherheit bei der Arbeit zu gewährleisten, müssen die Medienhäuser uns Journalist:innen zunehmend Sicherheitskräfte an die Seite stellen“, erklärte sie. Zum einen sei das ein zusätzlicher Kostenfaktor, zum anderen behindere es die journalistische Arbeit, da so durch Sicherheitskräfte der Zugang zu den Menschen, mit denen Journalist:innen sprechen möchten – beispielsweise bei einer Querdenker-Demonstration – verwehrt werde.

Markus Knall, Chefredakteur der Digital-Zentralredaktion des Redaktionsnetzwerkes Ippen Media, war per Video-Leitung zugeschaltet und blickte auf die Recherchen seiner Redaktion zurück, die schließlich das Ende von Julian Reichelt als Chefredakteur der Bild-Zeitung auslösten. Dabei wurden auch für diesen Fall die Grenzen der inneren Pressefreiheit deutlich, weil Verleger Dirk Ippen eine Publikation der Rechercheergebnisse in den eigenen Publikationen verhinderte. Auf die Frage von Moderator Richard Gutjahr, wer die Ergebnisse der Recherchen des Investigativteams von Ippen an die New York Times und das Magazin Der Spiegel „durchgestochen“ habe, reagierte Knall ausweichend.

„Nachrichten wandern im Digitalen in andere Räume, die wir nicht mehr erreichen“, stellte der Chefredakteur von Ippen Digital fest. Durch die Digitalisierung sei eine tiefe Disruption bei der Medienutzung und Medienwahrnehmung entstanden. „Wir müssen ein Modell dafür schaffen, wie digitaler investigativer Journalismus finanziert werden kann“, forderte Knall.

**Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.medientage.de](http://www.medientage.de).**